

## Parlamentarier verlangen mehr Geld für Entwicklungshilfe

NGOs begrüßen Mehr-Parteien-Entschließungsantrag zur Erhöhung der EZA-Mittel ab 2014 - Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz: "Positives Signal für Entwicklungspolitik"

14.11.2012

Wien, 14.11.2012 (KAP) Die Entwicklungssprecher mehrerer Parlamentsparteien fordern die Bundesregierung zu einer langfristigen Erhöhung der staatlichen Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf. Petra Bayr (SPÖ), Franz Glaser (ÖVP), Judith Schwentner (Grüne) und Elisabeth Kaufmann-Bruckberger (Team Stronach) brachten am Mittwochabend im Parlament einen Entschließungsantrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, im kommenden Frühjahr bei der Erstellung des nächsten Bundesfinanzrahmengesetzes für die Jahre 2014 bis 2017 die Mittel für die bilaterale EZA aufzustocken. Über den Antrag wird am Freitag im Nationalrat im Rahmen der Budgetbeschlüsse für das Jahr 2013 abgestimmt.

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Mission und Entwicklung (KOO), NGO-Dachverband "AG Globale Verantwortung" und Caritas werteten den Vorstoß in ersten Reaktionen am Mittwochabend als "positives Signal für die Entwicklungspolitik"; nun sei die Bundesregierung - allen voran Bundeskanzler Werner Faymann, Außenminister Michael Spindelegger und Finanzministerin Maria Fekter - gefordert, den internationalen Verpflichtungen Österreichs zur Armutsbekämpfung nachzukommen "und eine tragfähige und zukunftsweisende Basis für Österreichs Entwicklungspolitik zu schaffen", so die KOO.

"Die Österreicherinnen und Österreicher beweisen mit ihrer hohen Spendenbereitschaft tagtäglich ihre Solidarität", betonte KOO-Geschäftsführer Heinz Hödl. "Diesen Willen zur solidarischen Unterstützung wünschen wir uns auch von der Regierung, die sich in der Vergangenheit wiederholt zu ihren internationalen Verpflichtungen zur Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent bekannt hat."

Weit hinter selbstgestecktem EZA-Ziel

Österreich hat sich auf internationaler Ebene mehrfach selbst verpflichtet, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Mit 0,27 Prozent lag man zuletzt 2011 weit hinter diesem Ziel.

Mehr als 40 österreichische Hilfswerke und NGOs protestieren seit mehreren Wochen im Rahmen einer Kampagne unter dem Motto "Mir wurscht, wenn..." insbesondere gegen die in den vergangenen Jahren erfolgten Kürzungen bei den Mitteln für die direkte EZA-Projekthilfe. Zuletzt kündigte "Entwicklungs-Staatssekretär" Reinhold Lopatka einen Kürzungsstopp bei den Mitteln für die staatliche "Austrian Development Agency" an. Deren Budget wird mit 82 Millionen Euro im Jahr 2013 auf dem Niveau des Budgets 2012 gehalten.

Damit sei zumindest für das nächste Jahr eine Fortführung wichtiger Armutsbekämpfungsprogramme sichergestellt, hielt Caritas-Präsident Franz Küberl am Mittwoch fest. Weiterhin sei jedoch eine "Schubumkehr in der Entwicklungszusammenarbeit" notwendig. Österreich müsse in den nächsten Jahren "zumindest in Sichtnähe" des 0,7-Prozent-Ziels kommen, forderte der Caritas-Präsident.

Langfristiges Ziel der NGO-Kampagne "Mir wurscht, wenn..." ist eine Trendwende bei der Entwicklungshilfe und die Erhöhung der Projektgelder auf 220 Millionen Euro jährlich und eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds von derzeit fünf auf 22 Millionen Euro bis zum Jahr 2017.